

1. 2021 brachte Naturgefahrenschäden in Rekordhöhe

Rund 12,5 Milliarden Euro Schäden an Gebäuden, Hausrat, Betrieben und Kfz haben Naturgefahren im vergangenen Jahr verursacht. In den knapp 50 vorhergehenden Jahren, für die Daten vorliegen, war das Schadensausmaß nie höher. Unversicherte Schäden sind in der enormen Summe allerdings nicht enthalten, tatsächlich war das Ausmaß der Zerstörung also wesentlich größer.

Rund zwei Drittel der Schäden gehen auf die Hochwasserkatastrophe zurück, die im Juli insbesondere Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, aber auch Teile Bayerns und Sachsens heimsuchte. Die Hagelstürme im Juni richteten 1,7 Milliarden Euro an versicherten Schäden an, vor allem Autos und damit die Kfz-Versicherer waren davon betroffen.



Im langjährigen Mittel werden weniger als vier Milliarden Euro versicherte Naturgefahrenschäden pro Jahr verzeichnet. Ausreißer nach oben verursachten das August-Hochwasser und heftige Stürme 2002 (11,3 Milliarden Euro) sowie eine Orkanserie 1990 (11,5 Milliarden; Werte hochgerechnet auf heutige Preise).

2. Pflegeversicherungs-Beitrag könnte bald um 0,3 Prozent steigen

„Den Beitrag zur Sozialen Pflegeversicherung (SPV) heben wir moderat an“, hat die Ampel-Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt. Das wird voraussichtlich sehr bald nötig sein, denn die Reserven sind bis auf das vorzuhaltende Minimum aufgebraucht. Laut GKV-Spitzenverband muss der Beitrag noch vor Jahresmitte um 0,3 Prozent erhöht werden, nachdem die Ausgaben im vergangenen Jahr die Einnahmen um zwei Milliarden Euro überstiegen haben.

Damit wächst auch der Reformdruck, denn die Pflegeaufwendungen dürften in Zukunft weiter steigen. So sollen Pflegekräfte zukünftig

besser bezahlt werden, was laut Verband rund fünf Milliarden Euro pro Jahr kosten dürfte. Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen werden damit aller Voraussicht nach auch weiter nach oben klettern. Aktuell liegen sie für stationäre Pflege im Bundesschnitt bereits bei 2.125 Euro monatlich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund nennt die Entwicklung „dramatisch“. Wer das finanzielle Risiko einer Pflegebedürftigkeit entschärfen möchte, kann dies mit einer privaten Pflegeversicherung tun.

3. Wildwuchs bei Cyberpolice

Die Bedrohung aus dem Netz betrifft Unternehmen wie Privatpersonen: Cyberkriminelle suchen rund um die Uhr nach virtuellen Einfallstoren und nutzen diese dann für Angriffe, beispielsweise für die Verschlüsselung sämtlicher Daten zwecks Lösegelderpressung. Das Gefahrenbewusstsein bleibt hinter der tatsächlichen Bedrohungslage zurück, wächst aber immerhin, wie sich an der steigenden Zahl der Cyberversicherungen ablesen lässt. Diese decken beispielsweise die Kosten einer Datenrettung oder einer Systemwiederherstellung ab oder geben Unterstützung, wenn man Opfer von Cybermobbing oder betrügerischem Onlineshopping geworden ist.



Die Finanzaufsicht BaFin hat das junge Versicherungssegment kürzlich unter die Lupe genommen und festgestellt: Einen Marktstandard gibt es nicht, weder bei den Bedingungen noch bei der Risiko- und Prämienermittlung. Folglich können sich Cyberpolice in ihren Deckungsinhalten und ihrem Preis-Leistungs-Verhältnis eklatant unterscheiden. Umso wichtiger ist kundige Beratung vor dem Abschluss.

4. Streitwert im Dieselskandal steigt im Schnitt auf 26.000 Euro

Der seit Ende 2015 schwelende Dieselskandal erstreckt sich auf immer höherpreisige Fahrzeuge. Das lässt sich am durchschnittlichen Streitwert ablesen, der von damals 22.500 auf

mittlerweile 26.000 Euro angestiegen ist – zumindest in den Fällen, die von Rechtsschutzversicherern begleitet werden. In dieser Entwicklung spiegelt sich die erst nach und nach publik gewordene Verstrickung von Premi-
umherstellern wider.



Für die Rechtsschutzversicherer ist die Affäre um manipulierte Abgasreinigungssysteme das kostspieligste Schadensereignis ihrer Geschichte: Bereits jetzt wurden mehr als 1,2 Milliarden Euro für Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten aufgewendet. Fast 400.000 Personen streiten mit Versichererunterstützung gegen die Autokonzerne, weil diese sie – so der juristische Vorwurf – vorsätzlich und sittenwidrig geschädigt haben. Der Gesamtstreitwert beläuft sich auf fast zehn Milliarden Euro. Ziel der Kläger ist im Allgemeinen die Rückabwicklung des Kaufvertrags gegen volle Erstattung des Kaufpreises abzüglich einer Nutzungsentschädigung.

5. E-Scooter ähnlich schadensträchtig wie Mopeds

Die Versicherer haben für E-Scooter, zweieinhalb Jahre nach deren breiter Einführung, erstmals eine Schadensauswertung vorgenommen. Diese zeigt: Die Elektroroller sind vergleichbar schadensträchtig wie Mopeds oder Mofas. Im Jahr 2020 wurden 1.150 mit E-Scootern verursachte Unfälle erfasst, die Schäden bei Dritten zur Folge hatten. Versichert waren insgesamt etwa 180.000 der Elektroroller. Die Schadenshöhe belief sich im Durchschnitt auf 3.850 Euro (zum Vergleich: bei Pkw sind es 4.550 Euro). Damit liegt sie über dem Durchschnitt aller versicherungspflichtigen Zweiräder, der rund 3.700 Euro beträgt.

Für Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), unterstreichen die Zahlen, dass die Versicherungspflicht für die Elektroroller berechtigt ist. Zugleich warnt er

vor den Gefahren: „E-Scooter sind keine Spielzeuge. Sie gehören nicht auf den Gehweg, dürfen nicht von Kindern unter 14 Jahren und nicht zu zweit oder gar zu dritt gefahren werden.“

6. Finanzaufsicht warnt vor Krypto-Betrug

„Endlich auch reich werden mit Kryptos!“ Werbesprüche dieser Art fallen bei vielen Deutschen auf fruchtbaren Boden, nachdem der Höhenflug der Kryptowährungen so manchen Neumillionär hervorgebracht hat. Allein im letzten Jahr hat sich das Handelsvolumen der mittlerweile über 10.000 Coins in etwa verfünffacht. Mit dem Boom geht allerdings auch zunehmender Betrug einher, wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kürzlich hervorhob.



So werde immer wieder beobachtet, wie sogenannte FinFluencer in sozialen Medien ihre Gefolgschaft zum Kauf einer Nischen-Kryptowährung aufrufen. Diese wurde oftmals von den Influencern selbst gegründet. Die entstehende Blase platzt unweigerlich früher oder später, wenn die Initiatoren bereits Kasse gemacht haben („Pump-and-Dump“). Ebenfalls beliebt: Fake-Online-Plattformen, über die Anleger vermeintlich in Kryptos investieren, in Wirklichkeit aber die Konten von Kriminellen füllen. Die BaFin hebt hervor, dass „das sichere, schnelle Geld“ ein Werbeversprechen ist, dem man grundsätzlich misstrauen sollte.

7. Eine Frage des Wie, nicht des Ob: die erste halbe Million

Drei von vier Bundesbürgern gehen davon aus, irgendwann über mindestens eine halbe Million Euro zu verfügen. Das geht aus einer im November im Auftrag der Postbank durchgeführten Umfrage von YouGov hervor. Nur 6 Prozent der Teilnehmer erwarten allerdings, dieses Vermögen allein mit Erwerbsarbeit anzuhäufen. Konsequenterweise sparen wollen es sich 5 Prozent.





18 Prozent dagegen hoffen auf die Kapitalmärkte. Dieser Wert lag bei der Vorgängerumfrage 2019 noch bei 7 Prozent, hier lässt sich also ein Mentalitätswechsel bei den als Aktienmuffel bekannten Deutschen erkennen. In Immobilien, vor 2 Jahren mit 26 Prozent Spitzenreiter, vertrauen ebenfalls 18 Prozent. Der Rückgang dürfte dem hohen Kaufpreisniveau geschuldet sein, das die Rentabilität von Anlageimmobilien schmälert. 8 Prozent setzen auf eine Erbschaft, um die halbe Million zu erreichen – angesichts eines für die Jahre 2015 bis 2024 vom Deutschen Institut für Altersvorsorge erwarteten Erbschaftsvolumens von über 3 Billionen Euro in Deutschland sicherlich eine realistische Hoffnung. Gerade im Vergleich mit der Option, die mit 20 Prozent vorn liegt: ein Lottogewinn.

8. Kreditversicherer rechnen mit steigender Zahl von Firmenpleiten

Hat sich die deutsche Konjunktur schon aus dem Corona-Tal herausgearbeitet und mit der Pandemie zu leben gelernt? Keineswegs, mei-

nen zumindest die Kreditversicherer. Lediglich der erste Schock sei überwunden. Für dieses Jahr rechnen sie folglich mit einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen, erstmals seit 2009. Die prognostizierten bis zu 17.000 Firmenpleiten – im abgelaufenen Jahr dürften es um die 15.000 gewesen sein – geben jedoch nicht das ganze Ausmaß des Schadens wieder. Denn die durchschnittlichen Forderungen aus einer Insolvenz sind kräftig gestiegen. Im ersten Halbjahr 2021 haben sie sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf mehr als vier Millionen Euro in etwa verdoppelt. Qualitativ macht sich die Pandemie also stärker bemerkbar als quantitativ.

„Aktuell verändern sich die Risiken ständig und verstärken sich gegenseitig: Neue Corona-Wellen, globale Lieferengpässe und steigende Preise treffen auf einen gleichzeitig hohen Veränderungs- und Innovationsdruck“, fasst Thomas Langen, Vorsitzender der Kommission Kreditversicherung beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, die konjunkturellen Herausforderungen zusammen. Zum Zeitpunkt dieser Aussage und der Insolvenzenprognose stand allerdings noch kein weiterer weitgehender Lockdown im Raum.

Für Rückfragen zu den genannten Themenbereichen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung und freue mich über Ihren Rückruf. *Wenn Sie die Informationen zukünftig nicht mehr erhalten möchten, so geben Sie mir einfach einen Hinweis unter Kontakt.*

Ihr

Haftungsausschluss:

Alle Angaben in dieser Publikation basieren auf Quellen, die wir für verlässlich halten. Trotzdem können wir keine Garantie für Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit übernehmen.

[Impressum](#) / [Kontakt](#) / [Datenschutz](#)

Fotos: Pixabay

Ansprechpartner:

Dierk-Otto Vof

Kieler Str. 13
24631 Langwedel

Fon: 04826 – 375 93 24

Fax.: 04826 – 375 93 25

Email: info@vcc-makler.de

Home: www.vcc-makler.de

Register-Nr. [D-HRYH-HLVUA-85](#)

